

REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist: 03.11.2016 – 16:00 Uhr

Statement von Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes
„Das Recht auf Ausbildung umsetzen – gewerkschaftliche Anforderungen“

DGB-Tag der Berufsbildung am 3. November 2016 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Herr Becker,

es freut mich, dass ich hier und heute die Gelegenheit habe, Euch – die ehrenamtliche Basis unserer gewerkschaftlichen Berufsbildungspolitik – in Berlin zu treffen.

Die Arbeit an und mit den Kammern ist sicher nicht immer die reinste Freude. Manche unserer Forderungen und Wünsche sind trotz der besten Argumente nicht immer gleich durchsetzbar. Für viele Themen braucht man einen langen Atem und muss sich Verbündete suchen, um Politik im Sinne der Beschäftigten gestalten zu können.

Lasst mich die gute Gelegenheit nutzen, um euch einmal ganz herzlich dafür zu danken, dass ihr dabei nicht locker lasst und im Interesse der jungen Menschen für bessere Aus- und Weiterbildungschancen bei euch vor Ort streitet.

Ihr seid es, die die Mitbestimmung in der beruflichen Bildung mit Leben erfüllt. Deshalb herzlichen Dank für euer Engagement, ohne das viele Initiativen der Gewerkschaften ins Leere laufen würden.

Ich freue mich auch, dass sich der „Tag der Berufsbildung“ in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt der Integration von Geflüchteten in Ausbildung beschäftigt. Dieses Thema ist hoch aktuell.

Ich selbst komme gerade aus dem Kanzleramt. Dort hatte ich die Ehre den DGB bei dem Integrationsgipfel der Kanzlerin vertreten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir erleben zurzeit weltweit den größten Flüchtlingsstrom seit dem Zweiten Weltkrieg. Über 51 Millionen Menschen, das ist weit mehr als die Hälfte der Bevölkerung in unserem Land, sind in der ganzen Welt auf der Flucht.

Fast eine Million Geflüchtete sind 2015 in unser Land gekommen, 2016 werden noch immer deutlich mehr als 200.000 Menschen nach Deutschland flüchten, bzw. geflüchtet sein. Diese Menschen fliehen vor Krieg und Gewalt, vor Vergewaltigung und vor dem Tod. Sie verlassen ihre Heimatländer und suchen hier Zuflucht.

Ihre Verzweiflung ist so groß, dass es ihre einzige Hoffnung ist, auf überfüllten Booten übers Mittelmeer ihren Weg nach Europa zu suchen. In den vergangenen Monaten sind tausende Menschen gestorben, weil sie auf einen so gefährlichen Weg geschickt worden sind und weil sie von skrupellosen Schleusern auf fahruntüchtigen Schiffen ihrem Schicksal überlassen werden. Vorher wurde ihnen noch das gesparte Geld für die Überfahrt abgenommen. Sie können nichts mitnehmen. In ihren leeren Taschen stecken ihre Ängste, ihre Hoffnungen, ihre Überlebensträume.

Wenn jetzt in Dresden oder anderswo tausende von Menschen auf die Straße gehen, um vor der Islamisierung Deutschlands zu warnen, dann reicht es nicht, nur fassungslos zu sein. Wir müssen dem mit aller Entschiedenheit klar und deutlich entgegenreten – wir stehen zum Recht auf Asyl. Das ist das letzte Menschenrecht, wenn alle anderen gebrochen werden. Gute Politik muss vermittelt werden, muss die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernstnehmen, muss Zuhören können, aber auch Klartext reden.

Wir sind längst ein Einwanderungsland. Deutschland ist beliebt. In Deutschland verdanken wir einen großen Teil unseres Wohlstandes den Menschen, die erst aus Italien, dann aus Portugal, Griechenland, Spanien, später aus der Türkei und anderen Ländern kamen.

Sie sind längst integriert, die größte Zahl wurde hier geboren und hat auch einen deutschen Pass.

Wenn heute Syrer, Afghanen, Iraker und Somalier zu uns kommen, dann müssen wir ihnen Schutz gewähren, sie mit offenen Armen willkommen heißen und ihnen helfen sehr schnell die deutsche Sprache zu lernen.

Wir müssen ihnen die Möglichkeit bieten eine gute Ausbildung, eine gute Arbeit zu finden. Und natürlich werden wir Gewerkschaften die Interessen dieser Menschen vertreten. Wir machen keinen Unterschied, ob die Menschen aus Flensburg, Freiburg, Damaskus oder Kabul kommen. Wir gehen auf sie zu und wollen sie als Mitglieder gewinnen, mit ihnen gemeinsam für ein besseres Leben streiten. Sie sind alle unsere Kolleginnen und Kollegen.

Und deshalb sage ich: Das Menschenrecht auf gute Bildung – und auch das Recht auf Ausbildung – gilt für alle Menschen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie steht es um das Recht auf Ausbildung in Deutschland? Wie ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2016?

Wer in diesen Tagen, Wochen und Monaten die Zeitungen aufschlägt oder die Nachrichten hört, könnte denken: Es ist alles gut auf dem Ausbildungsmarkt. Die Wirtschaft brummt, nur wenige Jugendliche sind arbeitslos. Die Jugendlichen hätten freie Auswahl und könnten sich bequem ihren Ausbildungsplatz aussuchen. „Schockmeldung: Deutschland fehlen die Auszubildenden“, titelte kürzlich die BILD-Zeitung.

Auch Eric Schweitzer der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages - stimmt das Klagelied vom Azubi-Mangel an: Der Trend zum Studium mache es den Betrieben immer schwerer, Azubis zu finden. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt spitze sich zu, erzählte Schweitzer bei der Präsentation einer Unternehmensbefragung „Ausbildung 2016“.

Es ist immer die gleiche Geschichte die Wirtschafts-Lobbyisten in diesen Tagen verkünden: Die Unternehmen wollten doch ausbilden, fänden aber keine Jugendlichen mehr.

Ganze zwei Tage nach Schweitzers Auftritt erschien der Nationale Bildungsbericht 2016, die wohl profundeste Sammlung von Bildungsdaten in Deutschland. Der Kontrast könnte größer kaum sein: Der Bericht zeigt, seit mehr als zwanzig Jahren liegt bei den betrieblichen Ausbildungsplätzen das Angebot unterhalb der Nachfrage. Dass die steigenden Studierendenzahlen für den Sinkflug bei den Ausbildungsverträgen verantwortlich seien, sei – ich zitiere - in der „unterstellten einfachen Kausalität unzutreffend“. Vielmehr sei das Schrumpfen der Berufsbildung „angebotsinduziert“, heißt es im Fachjargon der Forscher. Im Klartext: Die Betriebe bilden nicht genug aus.

Mehr noch: Die Unternehmen schöpfen das traditionelle Potenzial der Jugendlichen nur unzulänglich aus. Rund 270.000 Jugendliche steckten in den zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung fest. Die Mehrheit von ihnen hat einen Hauptschulabschluss (47,7 Prozent) oder einen mittleren Abschluss (26,8 Prozent). Auch das Potenzial der leistungsstarken Jugendlichen nutzen die Betriebe zu wenig.

So gebe es – schreiben die Forscher – selbst bei den gewerblich-technischen oder den kaufmännischen Berufen, die von Jugendlichen mit Abitur oft nachgefragt werden, kein ausreichendes Angebot. Die Anstrengungen der Unternehmen seien „allenfalls halbherzig“, schreiben die Forscher.

Das Klagegedicht vom Azubi-Mangel entpuppt sich also bei Licht betrachtet als Märchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Eric Schweitzer beteuert, die Betriebe würden sich doch für leistungsschwache Jugendliche öffnen. Aber da widerlegt schon die hauseigene, bundesweite Lehrstellenbörse den DIHK-Präsidenten. Fast zwei von drei Ausbildungsangeboten dort blieben auch im Sommer 2016 den Hauptschülern von vornherein verschlossen. Die Betriebe lassen offensichtlich ihre Ausbildungsplätze eher unbesetzt, als Hauptschüler einzustellen. Die Folge: Nicht einmal jeder zweite Hauptschüler schafft nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung nahtlos den Sprung von der Schule in die Ausbildung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der Tat sind wir mit großen Spannungen auf dem Ausbildungsmarkt konfrontiert.

Gestern hat die Bundesagentur für Arbeit ihre Bilanz des Ausbildungsjahres 2016 vorgestellt. Es kann uns als Gewerkschaften nicht zufrieden stellen, wenn allein 2016 laut Bundesagentur für Arbeit rund 43.500 Ausbildungsplätze in den Betrieben nicht besetzt werden konnten. Das ist aber nur ein Problem, so lange – das füge ich ausdrücklich hinzu – es nicht um schlechte Ausbildung in einigen Betrieben in Hotel- und Gastronomie oder im Lebensmittelhandwerk geht. Denn da gibt es noch viel zu oft Ausbeutungs- und keine Ausbildungsplätze.

Aber es kann doch auch Wirtschaft und Regierung nicht egal sein, wenn fast 270.000 Jugendliche in zahllosen Maßnahmen im Übergang von der Schule in die Ausbildung feststecken – oftmals ohne Aussicht auf einen Berufsabschluss.

Auch 2016 suchen rund 80.600 junge Menschen den amtlichen Statistiken zufolge in diesen Tagen noch händeringend einen Ausbildungsplatz - und das obwohl sie von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif eingestuft werden. Ihnen stehen aber nur 43.500 offene Ausbildungsplätze gegenüber.

Vor diesem Hintergrund ist es wirklich ein Skandal, wenn die Arbeitgeber heute sagen, sie finden keine geeigneten Bewerberinnen und Bewerber mehr.

Was das heißt denn?

Das kann man an fünf Fingern abzählen:

Mittlere Reife und Abitur werden mehr und mehr die Leitwährung auf dem Ausbildungsmarkt.

Bei dieser Entwicklung, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir sehr genau aufpassen, dass Geflüchtete und Hauptschüler in unserer Gesellschaft nicht gegeneinander ausgespielt werden. Alle haben das gleiche Recht auf Ausbildung!

Anrede,

es birgt sozialen Sprengstoff, wenn unzählige Jugendliche keine Ausbildung finden, gleichzeitig aber zehntausende Plätze unbesetzt bleiben. Auch deshalb brauchen wir eine neue Ausbildungsoffensive. Die Quote der Ausbildungsbetriebe sinkt seit Jahren. Nur noch jedes fünfte Unternehmen bildet aus. Damit dürfen sich Gewerkschaften und Politik nicht abfinden. Wir brauchen mehr betriebliche Ausbildungsplätze. Mehr Unternehmen müssen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und Verpflichtung zur Ausbildung stellen.

Wie aber kommen wir zu mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen?

Nun da gibt es mehrere Wege – manche führen in die Irre, manche können zum Ziel führen.

- Da ist zunächst die Selbstverpflichtung der Wirtschaft.

In der Allianz für Aus- und Weiterbildung haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, im Jahr 2015 zusätzlich 20.000 betriebliche Ausbildungsplätze bei der Bundesagentur für Arbeit zu melden. Das ist nicht übermäßig ambitioniert, aber immerhin eine Größe, die man anhand der amtlichen Statistiken bis auf den einzelnen Platz abrechnen kann.

Das Ergebnis ist durchwachsen. Man verfehlte 2015 das Ziel mit 7.300 Plätzen klar.

Besser ist es in diesem Jahr gelaufen. Immerhin 28.000 Plätze hat man bei der Bundesagentur für Arbeit zusätzlich gemeldet. Das Versprechen wurde eingelöst – aber mit Verspätung.

Was man aber wissen sollte: Als sich die Arbeitgeber in 2014 ihre Selbstverpflichtung abtrotzen ließen, war von der hohen Zahl der Geflüchteten noch nicht die Rede und trotzdem ist die Wirtschaft bis heute nicht bereit, hier weitere Ausbildungsplätze zu liefern. Das verwundert nicht.

Es ist in der Berufsbildungsforschung mittlerweile weitgehend erforscht, was Betriebe dazu bewegt, Ausbildungsplätze anzubieten. Die Loyalität zum eigenen Spitzenverband gehört nicht dazu. Kein Arbeitgeberverband hat Durchgriff auf seine Betriebe. Statt auf mehr oder minder verbindliche Selbstverpflichtungen zu setzen, muss der Instrumentenkasten für mehr betriebliche Ausbildung neu justiert und ergänzt werden.

- Wir brauchen mehr Hilfe für Betriebe und die Jugendlichen, wenn es um die konkrete Gestaltung der Ausbildung im Betrieb geht. Deshalb haben wir in der Allianz für Aus- und Weiterbildung und im BA-Verwaltungsrat durchgesetzt, dass die Assistierte Ausbildung eingeführt – und die ausbildungsbegleitenden Hilfen ausgebaut werden. Immerhin gut

14.000 Jugendliche konnten seither eine Assistierte Ausbildung beginnen. Dies sind 14.000 Perspektiven für Jugendliche, die sonst kaum einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen hätten. Auch bei den ausbildungsbegleitenden Hilfen gab es ein Plus von 14 Prozent.

Ich denke, es sind auch diese Maßnahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung, die einen Beitrag geleistet haben, dass der Sinkflug bei der Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge ab dem Jahr 2015 erstmals gestoppt wurde. Wir brauchen aber noch mehr Anstrengungen, um einen wirklichen Aufstieg zu erreichen.

Vor allem müssen die Betriebe ihre Bestenauslese beenden – und endlich Hauptschülern und Jugendlichen ohne Schulabschluss verstärkt eine Chance auf Aus-bildung geben. Die Bundesregierung hat auf den Druck der Gewerkschaften reagiert und die Hilfen für Betriebe und Jugendlichen ausgebaut. Die Zeit der Ausreden ist vorbei: Die Wirtschaft muss endlich mehr ausbilden!

- Wenn nur zwanzig Prozent der Betriebe ausbilden, aber einhundert Prozent von den qualifizierten Fachkräften profitieren, ist es Zeit für einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht-ausbildenden Unternehmen.

Branchenfonds können einen solchen Ausgleich sichern. Aus einem solchen Fond sollten ausbildende Betriebe entlastet und innovative Modelle für die Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten bezahlt werden. Dass die Ausbildungsumlage wirkt, zeigt sich nicht nur im Bauhauptgewerbe, sondern aktuell auch in der Altenpflege. Dort hatten einige Bundesländer auf den Fachkräftemangel reagiert und eine Ausbildungsumlage eingeführt. Der Effekt: Die Zahl der Ausbildungsplätze stieg um bis zu 40 Prozent. Es gibt also die Chance einer politischen Renaissance der Ausbildungsumlage und die sollten wir nutzen!

- Um Jugendliche und Ausbildungsplätze besser zusammenzubringen, müssen wir die Mobilität von jungen Menschen fördern. Dazu gehört die Einführung von Azubi-Tickets im öffentlichen Nahverkehr. Wichtig ist auch, günstige, aber gute Wohnungen zu schaffen. An allen Hochschulstandorten gibt es Studierenden-Wohnheime. Für die Auszubildenden brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ihr seht: Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt bleibt angespannt. Es wartet noch viel Arbeit auf uns. Nicht ohne Grund kommt der Nationale Bildungsbericht, aber auch der OECD-Bericht „Bildung auf einen Blick“ zu dem Ergebnis, dass die hohe Zahl der Menschen ohne Ausbildung eine der zentralen Herausforderungen ist. Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bleibt in unserer Gesellschaft zwar bestehen, aber zu viele Menschen sind von dieser Entwicklung abgehängt.

Hinzu kommt eine neue Herausforderung für unsere Gesellschaft. Rund 800.000 Menschen sind allein 2015 nach Deutschland gekommen. Sie suchen Schutz vor Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung. Unter diesen Menschen sind hunderttausende Kinder und Jugendliche – viele von ihnen sind schwer traumatisiert, viele haben nie eine richtige Schule besucht.

Diese Menschen müssen wir in Bildung und Arbeit integrieren. Dabei darf es nicht zu einer Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und Geflüchteten kommen. Diese Herausforderung zu meistern, wird eine weitere, zentrale Aufgabe der Bildungspolitik in den kommenden Jahren. Der Nationale Bildungsbericht geht von 350.000 bis 500.000 jungen Geflüchteten aus, die für eine Ausbildung in Frage kommen.

Ich möchte einen Punkt vorweg schicken: Wir alle müssen Geduld haben, wenn es um die Ausbildung junger Geflüchteter geht. Fast alle von ihnen kennen unser Berufsbildungssystem noch nicht, die meisten sprechen kaum ein Wort Deutsch und können auch unsere Schrift nicht lesen. Über die schulische oder berufliche Qualifikation, die diese Menschen aus ihrer Heimat mitbringen, wissen wir noch viel zu wenig.

Deshalb ist ein strukturierter Prozess notwendig, in dem die Qualifikationen der Geflüchteten erfasst werden, sie auch unsere Sprache und Ausbildungsberufe und ihren Wert kennenlernen.

Hier reichen einzelne Modellprojekte nicht mehr aus. Letztlich muss der Ausbildung eine längere Phase der Vorbereitung vorgeschaltet werden, die in aller Regel mindestens zwei Jahre dauern wird.

Damit diese Vorbereitung gelingt, brauchen wir genügend Lehrkräfte und Sozialpädagogen, die diese Arbeit leisten können. Die jungen Menschen brauchen auch nach ihrem 18. Geburtstag das Recht, eine Berufsschule zu besuchen.

Letztlich wird eine Integration in berufliche Bildung und Ausbildung aber nur funktionieren, wenn die Betriebe genügend Praktikums- und Ausbildungsplätze bereitstellen. Wir brauchen deshalb eine Rechtssicherheit für Geflüchtete und Betriebe, dass es nicht zu einer Abschiebung während der Ausbildung kommt. Sonst wird kaum ein Betrieb einen Ausbildungsvertrag unterzeichnen.

Mit dem neuen Integrationsgesetz der Bundesregierung wurden die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen im August 2016 neu justiert. Früher waren viele Schutzsuchende, die in Deutschland eine Ausbildung angefangen oder geplant haben, von der Abschiebung bedroht.

Nun sollen Geflüchtete und Betriebe während der gesamten Ausbildung, die Sicherheit haben, hier bleiben zu dürfen. Nach dem erfolgreichen Abschluss soll die Duldung für weitere

sechs Monate während der Suche nach einem Arbeitsplatz, und bei Aufnahme der Arbeit für insgesamt zwei Jahre verlängert werden. Dies war ein wichtiger Fortschritt.

Mit Entsetzen sehe ich jetzt, wie extrem eng das bayerische Innenministerium diese Regeln in einer Weisung vom 1. September an die Ausländerbehörden auslegt.

Da kann schon ein Termin bei der Ausländerbehörde zur Klärung des Aufenthaltstitels ausreichen, um die Duldung für die Ausbildung nicht zu erteilen.

Mit einer solchen Anweisung gibt es keine Rechtssicherheit für Geflüchtete und Betriebe. Mit einer solchen Anweisung wird ein wesentliches Ziel des Integrationsgesetzes untergraben. Nicht nur der DGB, auch die IHK und der Flüchtlingsrat in Bayern kritisieren diese Weisung. So werden die Betriebe verunsichert. Tausenden Geflüchteten in Bayern droht ein Leben in den Warteschleifen des Übergangssystems. Ich hoffe, dass kein weiteres Bundesland dem Beispiel Bayerns folgt. Die Bundesregierung muss hier das Gesetz nachbessern, um solche Schlupflöcher zu schließen.

Anrede,

es gibt noch ein weiteres Problem: Bricht ein Geflüchteter oder der Betrieb die Ausbildung ab, erlischt das Aufenthaltsrecht.

Diese Regelung kann im Alltag dazu führen, dass junge Geflüchtete ihre Rechte in der Ausbildung kaum wahrnehmen können.

Wenn ein Azubi sich über miese Ausbildungsbedingungen beschwert, kann der Chef ihm mit dem Ende der Ausbildung drohen.

Kaum ein Geflüchteter wird auf diesem Weg seine Duldung riskieren wollen.

Es gibt somit eine drastische Machtverschiebung zwischen Jugendlichen und Betrieben. Die Verlierer sind in diesem Fall die Geflüchteten.

Mehr noch: Auch die Betriebe gehen ein Risiko ein.

Melden sie den Abbruch der Ausbildung innerhalb von einer Woche nicht, droht ihnen eine Geldstrafe von bis zu 30.000 Euro.

Das ist vielleicht für große Konzerne wie die Telekom oder VW leistbar, die auch noch eine eigene Personalabteilung haben.

Die Dachklempnerei mit sechs Beschäftigten wird sich aber angesichts dieser Risiken wohl drei Mal fragen, ob sie wirklich einen Geflüchteten ausbilden will.

Es gibt also noch viel zu viele Hürden im Integrationsgesetz, die eine Ausbildung – und damit erfolgreiche Integration – behindern.

Anrede,

wir brauchen außerdem mehr Hilfen für junge Geflüchtete und Betriebe, damit eine erfolgreiche Ausbildung gelingen kann. Deshalb ist es gut, dass Maßnahmen wie die ausbildungsbegleitenden Hilfen, die Assistierte Ausbildung, Berufsausbildungsbeihilfe und Ausbildungsgeld für Geflüchtete mit dem neuen Integrationsgesetz schneller verfügbar sind. Doch auch hier gibt es einen wahren Förderdschungel. Je nach Status und Maßnahme können die Geflüchteten entweder drei Monate oder bis zu sechs Jahre warten, bevor sie gefördert werden.

So etwas ist schlichter Unsinn:

Die Förderung muss den Menschen dann zur Verfügung stehen, wenn sie eine Ausbildung anfangen. Wir brauchen hier dringend eine Harmonisierung.

Anrede,

es wartet also viel Arbeit auf das System der beruflichen Bildung. Wir sollten uns aber auch ehrlich in die Augen schauen und sagen:

Wenn schon heute 270.000 Jugendliche in den Warteschleifen des Übergangssystem sind und zusätzlich tausende Geflüchteter ausgebildet werden müssen, wird dies nur mit betrieblichen Ausbildungsplätzen leider kaum gelingen.

„Es wird neuer politischer Überlegungen zu Formen über- und außerbetrieblicher Ausbildung bedürfen“, schreiben auch die Autoren des Bildungsberichts treffend. Die Gewerkschaften waren noch nie große Freunde einer außerbetrieblichen Ausbildung. Und dennoch meine ich: In Regionen mit einem problematischen Ausbildungsmarkt müssen marktbenachteiligte Jugendliche die Chance bekommen, über eine außerbetriebliche Ausbildung einen vollwertigen Berufsabschluss zu erlangen. Diese Ausbildung soll noch enger mit den Betrieben verzahnt werden. Da müssen die Sozialpartner vor Ort eng einbezogen werden. Ein solches Programm sollte übrigens aus Steuern finanziert werden – und nicht allein von den Beitragszahlern.

Was wir aber nicht brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind Schmalspur-Ausbildungen für Flüchtlinge. Was beim Mindestlohn nicht gelungen ist, versuchen nun arbeitgebernahe Bildungsforscher bei der Ausbildung durchzusetzen: Wichtige soziale Standards sollen geschliffen werden, um Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte auszubeuten. Flüchtlinge dürfen keine Auszubildenden zweiter Klasse werden!

Die Folgen einer solchen Sonderregelung wären fatal: Unterhalb einer vollwertigen Ausbildung gäbe es dann noch einen parallelen Markt mit Häppchen-Ausbildungen, die die Menschen auf schlechte Arbeit in prekären Verhältnissen vorbereiten. So entstehen keine Perspektiven sondern weitere soziale Probleme vorprogrammiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

noch gibt es in Deutschland eine Willkommenskultur. Unter den vielen freiwilligen Helfern, die sich aktiv um die Geflüchteten kümmern, sind zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Auch darauf sind wir stolz. Diese positive Grundstimmung braucht aber politische Unterfütterung. Die Bundesregierung darf dieses Klima des Willkommens nicht kaputtreden. Und sie muss mehr tun – auch im Bereich der Ausbildung.

Was heute in gute Bildung und Ausbildung investiert wird, ist gut angelegt. Damit verbessern wir die Lebenschancen von Geflüchteten ebenso wie von den jungen Menschen, die schon lange hier leben und denen der Einstieg in Ausbildung verwehrt bleibt. So können wir soziale Verwerfungen verhindern.

Auch in dieser Frage wollen die Gewerkschaften weiterhin der Treiber bleiben. Sei es mit unserer Berufsbildungspolitik im Bund, sei es in den Kammern vor Ort.

In diesem Sinne: Auf uns wartet noch viel Arbeit. Packen wir sie an.

Ich hoffe, dass dieser Tag der Berufsbildung erneut Euch in eurer Arbeit vor Ort bestärkt.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!